



	CDU/CSU	SPD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
	Zum Wahlprogramm	Zum Wahlprogramm	Zum Wahlprogramm	Zum Wahlprogramm	Zum Wahlprogramm
<b>1. Anerkennung des kulturellen Bezugs von Clubs und Livemusikspielstätten innerhalb der BauNVO</b>	"Clubs als Kulturorte anerkennen. Clubs sind Orte des kulturellen Austauschs. In der Baunutzungsverordnung sollten Clubs als Orte der Kultur anerkannt werden, um ihre gesellschaftliche Bedeutung zu unterstreichen."	"Mit Kulturschutzgebieten" im Baurecht schützen wir kulturelle Einrichtungen wie Clubs vor Verdrängung und sichern ihnen eine langfristige Perspektive."	"Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus."	Keine Position	"Bundesregularien sollen es Stadtplaner*innen ermöglichen, verstärkt „Freiräume“, wie für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle Nutzung offenstehen."
<b>2. Umsteuern beim Bundesimmissionsschutzgesetz &amp; Schallschutzprogramm verstetigen</b>	Keine Position	Keine Position	"Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus."	Keine Position	"Bundesregularien sollen es Stadtplaner*innen ermöglichen, verstärkt „Freiräume“, wie für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle Nutzung offenstehen."
<b>3. Verstetigung und Ausbau der Musikclub- und Festivalförderungen auf Bundesebene</b>	"Traditionen erlebbar machen. (...) Förderung von Kunst und Kultur, (...) besondere Kulturverantwortung des Bundes vor allem für die auswärtige Kulturpolitik. (...) Kulturföderalismus bewahren und stärken. (...) Kreativwirtschaft stärken. (...) besonderes Augenmerk auf die Unterstützung der Musikindustrie sowie die Kino-, Film-, und Games-Förderung."	"Wir stehen für ein breites Kulturverständnis, das Hoch-, Pop-, Sozio- und Subkultur gleichermaßen anerkennt. (...) Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Innovations- und Beschäftigungsfaktor. Wir wollen ihre Förderung durch klare Rahmenbedingungen und Steueranreize stärken."	"Wir wollen die Kultur-Investitionsprogramme des Bundes vielfältiger aufstellen, indem wir Einrichtungen der freien Szene und der Popkultur stärker berücksichtigen. Die neu eingeführte Förderung für Musikfestivals (Festivalförderfonds) hat sich bewährt, sie erweitern wir um eine Konzeptförderung sowie um Beratung und Wissensvermittlung."	"Die Kultur- und Kreativwirtschaft als eine der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands wollen wir durch hervorragende Rahmenbedingungen weiter unterstützen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur in der Kulturpolitik leben. Deshalb setzen wir uns für die Aufhebung der Unterscheidung von E- und U-Kultur ein. Die Popkultur ist mehr als Unterhaltung."	"Der Zugang zu Kultur soll nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen, dass Kunst und Kultur allen zugänglich ist und nicht vorrangig über den Markt geregelt werden. Kunst und Kultur müssen als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden. Kulturförderung sollte Pflichtaufgabe werden. Länder und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie Kulturförderung leisten können. Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs müssen geschützt werden - auch vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse. Die queere Jugendarbeit muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Queere Selbstorganisation muss gestärkt werden - auch im ländlichen Raum"
<b>4. Politische Unterstützung bei der Einrichtung des Live Music Fund</b>	"Eigeninitiative und Wirtschaftlichkeit honorieren. Die Innovationskraft unserer Gesellschaft steckt in der Kultur. Sie ist zugleich ein Wirtschaftsfaktor für unser Land. Wir unterstützen die Bereitschaft zur Eigenverantwortung von Kultureinrichtungen. (...)"	Keine Position	"Der zunehmenden Marktkonzentration in der Popkultur wollen wir durch Dialog und Regulierung begegnen, um fairere Bedingungen auf dem Ticketmarkt sowie bei der Verteilung von Streamingeinnahmen zu erreichen."	Keine Position	Keine Position
<b>5. „Arbeit auf Abruf“ branchenkonform gestalten</b>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	"Arbeit auf Abruf wird aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen."